

Sachdokumentation:

Signatur: DS 4029

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4029



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Die COVID-19-Pandemie, die Klimaerhitzung und der Ukrainekrieg haben zu einer weltweiten Mehrfachkrise geführt, von der die Menschen im Globalen Süden besonders stark betroffen sind. Um dort eine Hungersnot zu verhindern, muss jetzt gehandelt werden.

Caritas-Positionspapier zur Hungerkrise im Globalen Süden

Weltweite Mehrfachkrise – die Schweiz muss dringend handeln

Vielfältige Auswirkungen des Krieges

In Kürze: Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat einmal mehr deutlich gemacht, welche empfindliche Abhängigkeiten in unserem Weltwirtschaftssystem existieren. Die Krisenanfälligkeit zeigt sich auf dramatische Weise beim internationalen Ernährungssystem und trifft vor allem die Menschen im Globalen Süden. Durch den Krieg verursachte Preissteigerungen bei Getreide, fossilen Treibstoffen und Düngemitteln haben die Ernährungssituation in armen Ländern massiv verschärft. Viele dieser Länder waren bereits zuvor von der COVID-19-Pandemie wirtschaftlich betroffen, sind hoch verschuldet und kämpfen mit den existenzbedrohenden Folgen der Klimakrise. Caritas Schweiz fordert angesichts dieser Mehrfachkrise, dass die Schweiz kurzfristig ihr Engagement in der humanitären Hilfe aufstockt und dass sie langfristig mithilft, die Ernährungssouveränität der Länder im Globalen Süden zu erhöhen und ihre Abhängigkeiten abzubauen.

Der Ukrainekrieg verursacht Preisexplosionen und Hunger

Explodierende Preise für Grundnahrungsmittel, eine knappere Verfügbarkeit von Kunstdünger sowie eine Verteuerung von fossilen Treibstoffen: Der völkerrechtswidrige Krieg Russlands hat nicht nur katastrophale Folgen für die Zivilbevölkerung in der Ukraine, sondern verschlechtert auch die Lebenssituation von armutsbetroffenen Menschen im Globalen Süden. Besonders gravierend wirkt sich der Krieg auf die internationale Ernährungssituation aus, da sowohl die Ukraine wie auch Russland zu den bedeutendsten Exportnationen von Getreide und Ölsaaten gehören.

Caritas Schweiz führte Anfang Mai 2022 eine Umfrage bei Mitarbeitenden in den Projektländern durch, um die Auswirkungen des Ukrainekrieges auf die Versorgungssituation der Menschen vor Ort zu erheben (siehe *Caritas Mediendienst vom 19.05.2022, caritas.ch/md-ernaehrungskrise*). Die Ergebnisse sind besorgniserregend: Aus drei Viertel unserer Projektländer wurden teilweise massive Preiserhöhungen gemeldet, vor allem für Weizen, aber auch für andere Grundnahrungsmittel, für Treibstoffe und für Dünger. Besonders hart trifft der Preisanstieg armutsbetroffene Menschen, die beinahe ihr ganzes Haushaltseinkommen für Lebensmittel ausgeben. Wenn das Geld bereits vorher kaum zum Überleben gereicht hat, ist die Versorgung mit genügend Nah-

rungsmitteln aufgrund der aktuellen Krise für immer grössere Bevölkerungsteile nicht mehr bezahlbar.

Hinzu kommt, dass die Ernährungssituation vielerorts bereits vor Ausbruch des Krieges in der Ukraine sehr angespannt war. Die wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie sind in vielen Ländern immer noch stark spürbar und verursachen zusammen mit den negativen Auswirkungen der Klimaerhitzung und mit lokalen bewaffneten Konflikten eine Mehrfachkrise. Die Ergebnisse der Umfrage von Caritas Schweiz decken sich somit mit den Warnungen, welche bereits von Organisationen wie dem Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) formuliert worden sind: Wenn jetzt nicht gehandelt wird, droht eine globale Ernährungskrise, die in verschiedenen Regionen zu einer Hungersnot führen kann. Als Teil der internationalen Staatengemeinschaft ist die Schweiz dringend zum Handeln aufgefordert.

Verschärfte Lage in den Projektländern von Caritas Schweiz

Die in den Projektländern von Caritas Schweiz durchgeführte Umfrage macht die drastischen Folgen des Ukrainekrieges auf die Ernährungssituation im Globalen Süden sichtbar. In fast drei Viertel der zwanzig Länder, in denen Caritas Schweiz zurzeit tätig ist, meldeten die befragten Mitarbeitenden einen Anstieg der Nahrungsmittelpreise von zwischen 20 und 100 Prozent. Insbesondere Weizen hat sich verteuert. Der stärkste Anstieg wurde in Äthiopien mit einer Verdoppelung der Weizenpreise, sowie in Brasilien, Kambodscha, Mali, Tadschikistan und Uganda mit einem Anstieg um 50 Prozent beobachtet. Auch die Grundnahrungsmittel sind von enormen Preissteigerungen von 20 bis 100 Prozent betroffen; dies gilt neben Getreide auch für Speiseöl, Zucker und Mehl.

Das Beispiel Mali zeigt auf, warum die steigenden Nahrungsmittelpreise umgehend zu Existenznöten führen. In diesem westafrikanischen Land lebt die Hälfte der Bevölkerung von weniger als 1.90 US-Dollar pro Tag. Von Armut betroffene Menschen geben im Land rund 80 Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens für Lebensmittel aus. Wie andere Länder in der zentralen Sahelzone ist Mali ausserdem von einer schweren Dürre betroffen. Die Grundnahrungsmittelpreise sind in der kürzeren Vergangenheit massiv gestiegen: So kosten Mais, Sorgho und Hirse heute doppelt so viel wie vor einem Jahr. Die Menschen können damit bei gleichem verfügbarem Einkommen nur noch halb so viel konsumieren; der Hunger in der Bevölkerung nimmt zu.

Krieg in den Kornkammern der Welt

Russland und die Ukraine gehören zu den weltweit wichtigsten Exportnationen von Weizen, Gerste, Mais, Raps, Sonnenblumenkernen und Sonnenblumenöl. Die Schwarzmeer-Region nimmt im globalen industriellen Ernährungssystem eine wichtige Rolle ein. Mit dem Einmarsch russischer Truppen Ende Februar 2022 sind die Weltmarktpreise für die genannten Getreidesorten sowie für Sonnenblumenöl stark angestiegen. Der monatliche Food Price Index der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) erreichte im März 2022 den höchsten jemals gemessenen Stand. Auch im April lag der Index trotz einer leichten Entspannung immer noch rund 30 Prozent über dem Vorjahreswert. Dies zeigt den direkten Einfluss des Krieges auf die globalen Lebensmittelpreise.

Innerhalb der Ukraine hat der Krieg dazu geführt, dass die letztjährige Ernte nicht mehr exportiert werden kann, weil die Häfen an der Schwarzmeerküste blockiert und vermint sind. Vor dem Krieg wurden rund 90 Prozent der Getreideexporte per Containerschiff ausgeführt. Alternative Transportkapazitäten auf dem Landweg sind aufgrund des Krieges schwierig aufzubauen. Damit droht das gelagerte Getreide zu verrotten und es fehlen die Speicherkapazitäten für die anstehende Ernte des Wintergetreides. Der Krieg hat auch das Ausbringen der Sommersaat im Frühjahr 2022 stark beeinträchtigt. Der ukrainischen Landwirtschaft fehlt es an Arbeitskräften, Treibstoffen und Ersatzteilen für landwirtschaftliche Maschinen, an Düngemitteln, Saatgut und Pestiziden. Hinzu kommt, dass die wichtigen Anbaugelände mit den fruchtbaren Schwarzenerdböden in heftig umkämpften Gebieten liegen. Minen und Blindgänger stellen eine grosse Gefahr für die Landwirtinnen und Landwirte dar. Die FAO geht davon aus, dass als Folge des Krieges im Frühjahr 2022 nur rund 65 bis 70 Prozent der Sommerkulturen wie Mais und Sonnenblumen ausgesät werden konnten.

Auch aus Russland sind die Exporte von Agrargütern in Folge des Ukrainekrieges zurückgegangen. Durch die verhängten Sanktionen im internationalen Zahlungsverkehr ist der Handel mit Russland erschwert worden. Ausserdem nutzt die russische Regierung die Exporte auch strategisch, um politischen Druck auf andere Länder aufzubauen.

Zusätzlich zu den Getreidepreisen hat sich Caritas Schweiz in den Projektländern auch nach der Preisentwicklung anderer Güter erkundigt. Vereinzelt meldeten die Mitarbeitenden vor Ort, dass auch bei Non-Food-Produkten wie Seife oder bei Saatgut die Preise angestiegen seien. In der Hälfte der Länder sind ausserdem die Treibstoffpreise um 10 bis 20 Prozent angestiegen, in anderen sogar um bis zu 50 Prozent. Auch dies wirkt sich auf die Preise von Grundnahrungsmitteln und Gütern des täglichen Gebrauchs aus. Importprodukte sind infolge der gestiegenen Transportkosten besonders teuer geworden.

Neben den direkten Folgen, welche die Preissteigerungen für die Menschen in den Projektländern von Caritas Schweiz mit sich bringen, äusserten verschiedene lokal tätige Mitarbeitende auch Ängste vor indirekten Auswirkungen des Ukrainekrieges. Mehrfach wurde die Befürchtung geäussert, dass Gelder von der internationalen Zusammenarbeit oder der humanitären Hilfe umverteilt werden könnten und dass aufgrund der Notlage in der Ukraine weniger finanzielle Mittel in den entsprechenden Ländern ankommen werden. Die Mitarbeitenden von Caritas Schweiz in Tadschikistan meldeten ausserdem, dass die enorm wichtigen Geldüberweisungen von Arbeitsmigrantinnen und -migranten aus Russland zurückgegangen seien, auch weil der russische Rubel stark an Wert verloren hat. Dies zeigt die Vielfältigkeit der Folgen des Ukrainekrieges für die Menschen im Globalen Süden.

Mehrfachkrise führt zu Hunger und Verschuldung

Das UN-Welternährungsprogramm hielt in seinem Jahresbericht zu Ernährungskrisen 2022 fest, dass der Hunger auf der Welt schon vor Ausbruch des Krieges in der Ukraine als Folge der COVID-19-Pandemie stark angestiegen war. Gemäss diesem Bericht ist die Zahl der hungerleidenden Menschen im Jahr 2021 weltweit nochmals um rund 40 Millionen angestiegen und hat mit knapp 193 Millionen einen neuen Höchststand erreicht. Die Folgen des Ukrainekrieges treffen nun vielfach genau jene Länder, in denen die Ernährungslage bereits zuvor stark angespannt war.

Steigende Preise für Dünger und fossile Brennstoffe

Neben verschiedenen Agrargütern sind auch fossile Brennstoffe sowie Kunstdünger von enormen Preissteigerungen als Folge des Ukrainekrieges betroffen. Russland ist ein wichtiger Exporteur von Erdöl und Erdgas. Auf die weltweite Versorgung mit Dünger hat Russland einen doppelten Einfluss, da das Land einerseits zusammen mit Belarus führend bei der Produktion und dem Export von Kunstdünger ist. Darüber hinaus ist Russland aber auch wichtiger Lieferant von Rohstoffen, welche andere Länder für die Düngerherstellung benötigen, wie Kali, Phosphat, Stickstoff und eben Erdgas.

Expertinnen und Experten der FAO rechnen damit, dass die hohen Düngerpreise dazu führen werden, dass die kommenden Ernten bei verschiedenen Getreidesorten und in unterschiedlichen Weltregionen kleiner ausfallen werden. Die industrielle Landwirtschaft hängt stark vom Einsatz von Kunstdünger ab. Wenn die Landwirtschaft beim Dünger spart, weil die Preise hoch sind, fällt die Ernte geringer aus. So ist zu erwarten, dass es zu einem starken Preisanstieg beispielsweise von Reis kommen wird, wodurch wiederum noch mehr Menschen von der Ernährungskrise betroffen sein werden.

Ausdruck davon sind in verschiedenen afrikanischen Ländern durch Klimaveränderung und bewaffnete Konflikte verursacht, regionale Hungerkrisen. Für die zentrale Sahelregion mit den Ländern Mali, Burkina Faso und Niger hat das Welternährungsprogramm bereits Anfang des Jahres auf eine verschärfte Ernährungssituation hingewiesen. Am Horn von Afrika herrscht zurzeit die schlimmste Dürre seit vierzig Jahren; mehr als 15 Millionen Menschen sind in Äthiopien, Kenia und Somalia akut von Hunger betroffen. In Äthiopien und Somalia sind die durchschnittlichen Lebensmittelkosten gemäss einem Bericht des Amtes der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) bereits um 66 Prozent respektive um 36 Prozent gestiegen. Beide Länder beziehen laut der FAO einen Grossteil ihres Weizens aus der Ukraine und aus Russland: Äthiopien rund 40 Prozent, Somalia sogar mehr als 90 Prozent. Die Mitarbeitenden von Caritas Schweiz in Äthiopien haben diese dramatische Lage in der durchgeführten Umfrage bestätigt.

Da die Länder im Globalen Süden die Getreide-, Treibstoff- und Düngerimporte in Fremdwährungen bezahlen müssen, wächst mit den Preissteigerungen ihre Auslandverschuldung. Auch diese hatte bereits durch die COVID-19-Pandemie stark zugenommen. Gemäss dem diesjährigen Schuldenreport der Deutschen Organisation Misereor und dem Entschuldungsbündnis erlassjahr.de waren im Jahr 2021 135 Staaten in Asien, Afrika, Lateinamerika und Osteuropa kritisch verschuldet. 39 Länder waren akut von einem Staatsbankrott bedroht. Die einheimische Währung vieler Länder des Globalen Südens hat aufgrund der Pandemie stark an Wert verloren. Auch dadurch sind importierte Nahrungsmittel, die ergänzen könnten, was lokal nicht produziert werden kann, extrem teuer geworden.

Die aktuelle Mehrfachkrise, die durch den Ukrainekrieg ausgelöst wurde, zeigt die Dringlichkeit, globale Abhängigkeiten – gerade in der Nahrungsmittelversorgung – abzubauen und die Wertschöpfungsketten vor Ort zu stärken. Die internationale Zusammenarbeit kann dazu wichtige Impulse geben. Allerdings kommen Länder wie die Schweiz ihren Versprechen in der internationalen Zusammenarbeit bis anhin nur unzureichend nach. Statt dem von den Vereinten Nationen angestrebten Ziel, dass wohlhabende Länder 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für die internationale Zusammenarbeit aufwenden, gab die Schweiz dafür im Jahr 2021 nur 0,5 Prozent aus. Auch bei der internationalen Klimafinanzierung hinkt die Schweiz hinterher. Statt der geforderten 1 Milliarde CHF will der Bundesrat gemäss einem eigenen Bericht von 2017 nur zwischen rund 440 und 585 Millionen CHF für die internationale Klimafinanzierung aufbringen. Es ist ausserdem zu befürchten, dass durch die vom Parlament beschlossene Erhöhung der Militärausgaben um 2 Milliarden CHF das Budget für die internationale Zusammenarbeit gekürzt werden könnte. Dies wäre angesichts der derzeitigen Mehrfachkrise fatal. Stattdessen müssen die finanziellen Beiträge der Schweiz für die internationale Zusammenarbeit und die Klimafinanzierung dringend erhöht werden.

Globale Abhängigkeiten – globale Ernährungskrise

Klimaerhitzung bedroht Ernährungssicherheit

Verschärft wird die Situation in von Armut betroffenen Ländern zudem durch die globale Klimakrise. Die Erderhitzung beeinträchtigt die Ernährungssicherheit; Dürren, Starkregen und andere klimatisch aussergewöhnliche Wetterereignisse bedrohen die Lebensgrundlage der Menschen im Globalen Süden und führen unmittelbar zu Hunger.

Im Pariser Klimaübereinkommen haben sich die OECD-Staaten dazu verpflichtet, ab 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar für Klimaschutzmassnahmen in Entwicklungsländern aufzubringen. Damit sollen arme Länder die notwendigen Mittel erhalten, um sich an die veränderten Klimabedingungen anzupassen. Auch die Schweiz hat sich bereit erklärt, einen angemessenen Anteil an diese internationale Klimafinanzierung zu leisten. Entsprechend ihrer Wirtschaftskraft und der tatsächlichen Verantwortung an der globalen Erderwärmung muss die Schweiz jährlich mindestens 1 Milliarde CHF an die Klimafinanzierung beisteuern.

Weil die Klimakrise neues Elend schafft und die Lebensgrundlage von zusätzlichen Bevölkerungsgruppen gefährdet, darf die Finanzierung von Klimaprojekten nicht auf Kosten bestehender Programme in der Armutsbekämpfung gehen. Es sind zusätzlich Mittel gefordert, um die Lebensgrundlage von armutsbetroffenen und vom Klimawandel bedrohten Menschen zu schützen.

Der Ukrainekrieg mag der unmittelbare Auslöser sein für die explodierenden Nahrungsmittelpreise und die aktuelle Ernährungskrise; die eigentlichen Ursachen dafür liegen aber vielmehr im globalen Ernährungssystem, das auf die industrielle Landwirtschaft setzt und das weder nachhaltig noch krisenfest ist. Globale Abhängigkeiten führen dazu, dass nun eine globale Ernährungskrise droht.

Die enormen Preissteigerungen treffen besonders auch afrikanische Länder, die prozentual einen Grossteil ihres Getreideverbrauchs mit Importen aus der Ukraine und Russland decken. Der russische und ukrainische Weizen war für diese Länder in der Vergangenheit preiswert, da die Transportwege kurz waren. Auch das Welternährungsprogramm bezog bis anhin mehr als die Hälfte des Weizens, den es im Rahmen

von humanitären Aktionen weltweit verteilt, aus der Ukraine. Wird das Getreide im Einkauf plötzlich massiv teurer, kann die Organisation mit der ihr zur Verfügung stehenden Mitteln weniger von Hunger betroffenen Menschen helfen.

Auf die aktuelle Krise müssen Diskussionen über die Schwächen und Risiken des industriellen Agrarmodelles folgen, auch in der Schweiz. Vertreterinnen und Vertreter von Agrarkonzernen haben die aktuelle Lage dafür genutzt, um eine Abkehr von ökologisch nachhaltigen Landwirtschaftsmethoden zu fordern, da diese kleinere Erträge abwerfen würden. Diese Forderungen sind angesichts des weltweiten Hungers nicht nur zynisch, sondern scheinen sich ausschliesslich an den kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen der grossen Pestizid-, Dünger- und Saatgutfirmen zu orientieren.

Caritas Schweiz plädiert stattdessen dafür, ein klimaresistentes Ernährungssystem aufzubauen, mit der die Weltbevölkerung langfristig ernährt werden kann (*siehe dazu das Caritas Positionspapier zum agrarökologischen Modell, [caritas.ch/positionspapier](https://www.caritas.ch/positionspapier)*). Wir müssen wegkommen vom Bild, dass die «Kornkammer Europas die Welt ernährt». Stattdessen müssen die Länder im Globalen Süden ihren Selbstversorgungsgrad erhöhen können. Seit den 1980er Jahren wurden diese Länder dazu gebracht, mit Strukturanpassungsprogrammen ihre Landwirtschaft auf den Export auszurichten. Mit den verdienten ausländischen Devisen wurden Nahrungsmittelimporte aus dem Ausland finanziert. Zu welcher gefährlichen Abhängigkeiten dieses Agrarsystem geführt hat, zeigt die aktuelle Krise auf dramatische Weise. Teil dieses Agrarmodelles ist auch, dass ein immer grösserer Teil des weltweit angebauten Getreides im Globalen Norden zur Herstellung von Bio-Treibstoffen und für Futtermittel in der Fleischproduktion statt für die menschliche Ernährung verwendet wird. Auch hier ist ein Umdenken zwingend notwendig.

Von den Vereinten Nationen wie auch der Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) wird das agrarökologische Modell seit längerer Zeit als ein wichtiger Lösungsansatz angesehen, um das globale Ernährungssystem widerstandsfähiger gegenüber Krisen zu machen und es gleichzeitig ökologisch und sozial nachhaltiger zu gestalten. Die Lösungsansätze sind also vorhanden, nun müssen sie konsequent umgesetzt werden.

Forderungen von Caritas Schweiz

Die Caritas Schweiz unterstützt die Menschen in der aktuellen Notlage durch direkte humanitäre Hilfe und durch Projekte in der Entwicklungszusammenarbeit in weltweit rund 20 Ländern. Wir setzen uns aber auch in der Schweiz für Rahmenbedingungen ein, die Hunger und Armut weltweit entgegenwirken.

Zusammen mit den negativen Folgen der COVID-19-Pandemie und der Klimaerhitzung hat der Ukrainekrieg zu einer globalen Mehrfachkrise geführt, von der die Menschen im Globalen Süden besonders stark betroffen sind. Angesichts dieser Mehrfachkrise richten wir an den Bundesrat und das Parlament die folgenden Forderungen:

1. Kurzfristig: Humanitäre Hilfe aufstocken, um die Hungerkrisen zu stoppen

Das Welternährungsprogramm (WFP) forderte bereits Anfang April 2022 unmittelbare humanitäre Hilfe für die Länder, die in hohem Masse abhängig sind von Getreideimporten aus der Schwarzmeer-Region. Dazu gehören mit der zentralen Sahelzone und dem Horn von Afrika zwei Regionen, in welchen Dürren und bewaffnete Konflikte bereits zuvor eine Ernährungskrise verursacht haben. Caritas fordert von den Schweizer Behörden, dem Ruf der internationalen Organisationen jetzt zu folgen und möglichst rasch zusätzliche finanzielle Hilfe im humanitären Bereich bereitzustellen. Für das WFP muss die Schweiz mindestens den gleich hohen Betrag wie 2021 zur Verfügung stellen, das heisst rund 100 Millionen CHF; angesichts der akuten Notlage ist eine Erhöhung dieses Beitrages dringend angezeigt. Damit soll kurzfristig die Eskalation der Hungerkrise verhindert werden.

Wir fordern ausserdem, dass sich die Schweiz auf internationaler Ebene dafür einsetzt, dass die durch Russland blockierten Getreidevorräte in der Ukraine möglichst rasch exportiert werden können. Die Schweizer Diplomatie kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Darüber hinaus muss die Schweiz auch bei konkreten logistischen Initiativen zum Abtransport von Getreide aus der Ukraine mithelfen, wie beispielsweise den von der EU-Kommission ins Leben gerufenen «Solidarity Lanes».

2. Entwicklungszusammenarbeit stärken, internationale Klimafinanzierung erhöhen

Die globale Mehrfachkrise verlangt auch langfristig nach mehr finanziellen Mitteln für die humanitäre Hilfe, die internationale Zusammenarbeit und die weltweite Bekämpfung des Klimawandels. Die Schweiz hat bisher weder in der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit noch bei der internationalen Klimafinanzierung ihre Verpflichtungen und Zusagen eingelöst. Dies gilt es nun unbedingt nachzuholen.

Statt zusätzliche 2 Milliarden CHF jährlich in die eigene militärische Aufrüstung zu stecken, muss die Schweiz mithelfen, die menschliche Sicherheit weltweit zu garantieren. Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten. In ihrem weltweiten Engagement unterstützt die DEZA das agrarökologische Modell, welches kleinbäuerliche Strukturen und mittelgrosse Landwirtschaftsbetriebe im Globalen Süden stärkt und die Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten aus dem Ausland reduziert. Dieses bewährte Engagement muss ausgebaut werden. Caritas Schweiz fordert konkret, dass die Schweiz ihre jährlichen Ausgaben für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit auf 1 Prozent des Bruttonationaleinkommens erhöht.

Auch hinsichtlich der Klimaerhitzung muss die Schweiz ihr langfristiges finanzielles Engagement verstärken. Der Klimawandel bedroht die Ernährungssituation der Menschen im Globalen Süden unmittelbar. In Kombination mit Ereignissen wie dem Ukrainekrieg oder der COVID-19-Pandemie kommt es zu dramatischen Ernährungskrisen. Mit der internationalen Klimafinanzierung sollen arme Länder die notwendigen Mittel erhalten, um sich an die veränderten Klimabedingungen anzupassen. Entsprechend ihrer Wirtschaftskraft und der tatsächlichen Verantwortung an der globalen Klimakrise muss die Schweiz dazu einen jährlichen Beitrag von 1 Milliarde CHF beisteuern.

3. Schuldenerlass für arme Länder unterstützen

Die Schweiz muss sich auf internationaler Ebene daran beteiligen, den von Getreideimporten abhängigen, ärmeren Staaten durch Schuldenerlasse zu helfen. Andernfalls droht vielen von ihnen der Staatsbankrott. Immer mehr Länder haben aufgrund von Auslandsschulden nicht mehr die finanziellen Möglichkeiten, ihre Bevölkerung in der Nahrungsmittelkrise zu unterstützen oder in die eigene Landwirtschaft und die nationale Lebensmittelversorgung zu investieren.

Als reiches Land stehen der Schweiz viele Wege offen, arme Länder auf internationaler Ebene finanziell zu entlasten. Eine effiziente und rasch umsetzbare Möglichkeit ist, dass die Schweiz ihre sogenannten Sonderziehungsrechte beim Internationalen Währungsfonds (IWF) weitergibt. Sonderziehungsrechte sind Währungsreserven, welche die Länder vom IWF zugeteilt bekommen und die sie gegen ausländische Devisen eintauschen können. Finanzschwache Staaten würden dadurch dringend notwendige Liquidität erhalten und ihr finanzieller Handlungsspielraum würde erhöht. Die Schweiz kann es finanziell verkraften, ihre Sonderziehungsrechte armen Ländern zur Verfügung zu stellen, die jetzt von der Krise besonders betroffen sind.

Langfristig muss die Entschuldung von armen Ländern zudem mit strukturellen Veränderungen und einer gerechteren globalen Verteilung von Steuergeldern einhergehen. Arme Länder müssen einen gerechten Anteil an den Steuerausgaben von transnational tätigen Unternehmen erhalten. Dies würde es ihnen erlauben, in Situationen wie der aktuellen Mehrfachkrise mit eigenen Mitteln reagieren zu können.

Juli 2022

Autorin: Angela Lindt, Leiterin Fachstelle Entwicklungspolitik
E-Mail alindt@caritas.ch, Telefon 041 419 23 95

Dieses Positionspapier steht unter
www.caritas.ch/positions-papiere zum Download bereit



Das Richtige tun
Agir, tout simplement
Fare la cosa giusta

Caritas Schweiz

Adligenswilerstrasse 15
Postfach
CH-6002 Luzern

Telefon: +41 41 419 22 22
E-Mail: info@caritas.ch

Internet: www.caritas.ch
IBAN: CH69 0900 0000 6000 7000 4

Qualitätsmanagementsystem
ISO 9001, Reg.-Nr. 14075
NPO-Label, Reg.-Nr. 22116